

Nepal im Überblick

zusammengestellt von Thomas Döhne

Bhutans „Nelson Mandela“ nach 17 Jahren Haft entlassen

Der als Bhutans „Nelson Mandela“ bekannt gewordene Gründer und Präsident der Bhutanischen Volkspartei (BPP) Dhan Kumar Rai ist am 1. November 2008 nach 17 Jahren Haft vorzeitig aus dem Chemgang Gefängnis in Bhutan entlassen und zur medizinischen Behandlung nach Kathmandu ausgeflogen worden. Der ethnische Nepali Rai war vom Druk-Regime wegen Hochverrats zu lebenslanger Haft verurteilt worden, nachdem er am 17. November 1991 in Westbengalen von der indischen Polizei verhaftet und nach Bhutan ausgeliefert worden war. Das internationale Rote Kreuz und andere Menschenrechtsorganisationen hatten sich für seine Freilassung eingesetzt. Infolge der während der Haft erlittenen Folter soll Rai schwer traumatisiert sein. Noch immer sitzen nach Angaben der BPP, die sich für die demokratischen Rechte der Nepal-stämmigen bhutanischen Bevölkerung einsetzt, mehr als 100 ethnische Nepalis aus politischen Gründen in bhutanischen Gefängnissen.

Disqualifizierte maoistische Kämpfer sollen Camps verlassen

Der Minister für Frieden und Wiederaufbau Janardan Sharma hat angekündigt, dass diejenigen maoistischen Kämpfer, die nicht den Verifizierungskriterien der UN-Friedensmission UNMIN entsprechen, möglichst schnell aus den landesweit 28 Auffanglagern entlassen werden sollen. UNMIN, deren Mandat die Überwachung der maoistischen Kämpfer und Waffen unterliegt, hat inzwischen bekannt gegeben, dass nur ca. 19 600 der insgesamt über 30 000 registrierten maoistischen Soldaten diesen Kriterien entsprechen. Etwa 4 000 der disqualifizierten Kämpfer seien als Kindersoldaten rekrutiert worden und würden noch heute in den Lagern leben.

Rekrutierung von Gurkha-Soldaten durch Indien vorläufig ausgesetzt

Vor einem Jahr wurde das Rekrutierungszentrum für nepalische Gurkha-Soldaten in Gorakhpur geschlossen. Seither ist ungewiss, ob Indien die fast 200 Jahre alte Tradition fortsetzen wird, junge nepalische Männer für die Gurkha-Bataillone der eigenen Armee zu rekrutieren. Derzeit beziehen etwa 250 000 nepalische Ex-Gurkha-Soldaten Pensionen der indischen Armee. Etwa 60 000 befinden sich im aktiven Dienst

derselben. Im letzten Jahr waren noch über 3 000 junge Nepalis neu rekrutiert worden.

Gefangene sollen vorzeitig entlassen werden

Die Regierung plant, einen Großteil der Gefängnisinsassen vorzeitig zu entlassen, sofern sie mindestens ein Drittel ihrer Haftstrafen verbüßt haben. Innenminister Bamdev Gautam erklärte dazu: „Ausgenommen von der vorzeitigen Entlassung sind all jene, die sich schwerer Verbrechen wie Mord, Vergewaltigung, Menschenhandel und ähnlicher Delikte schuldig gemacht haben.“ Häftlinge, die aus politischen Gründen einsitzen, sollen nach Prüfung der legalen Voraussetzungen ebenfalls entlassen werden. Sämtliche nepalischen Gefängnisse sind chronisch überfüllt. Die geplanten Maßnahmen sind Empfehlungen eines von der Regierung eingesetzten Komitees, das Vorschläge für eine umfassende Gefängnisreform erarbeiten soll.

Nahrungsmittel stark verteuert, Inflation bei 13 Prozent

Angetrieben von Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln, Gebrauchsgütern und Dienstleistungen ist die Inflation im ersten Monat des laufenden Haushaltsjahrs auf durchschnittlich 13,1 Prozent geklettert und hat sich damit gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr (6,3 Prozent) mehr als verdoppelt. Aus einer Pressemitteilung der *Nepal Rastra Bank* geht hervor, dass die Preisindizes für Speiseöl und Butterfett (Ghee) um 36 Prozent gestiegen sind. In der Sparte Getreide und Getreideprodukte betrug die Preissteigerung Mitte August 2008 23,5 Prozent, Reis und Reisprodukte verteuerten sich um 27,8 Prozent verglichen mit je 7 Prozent im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Menschenrechtsorganisation besorgt über Tötungen im Terai

Die nepalische Menschenrechtsorganisation *Informal Sector Service Center* (INSEC) hat eine Zunahme von außergerichtlichen Tötungen im Terai beklagt und die Regierung aufgefordert, Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu ergreifen. Die Ermordung von vier Personen innerhalb von einer Woche mache deutlich, dass sich die Sicherheitslage in verschiedenen Terai-Distrikten verschlechtert habe. „Wir verlangen von der Regierung, dass sie entschlossen gegen die Mörder

vorgeht und die Familien der Opfer angemessen entschädigt.“, heißt es in einer am 24. September von IN-SEC veröffentlichten Presseerklärung.

“Illegale” Tibeter sollen ausgewiesen werden

Mitte September hat das Innenministerium die Polizei und Einwanderungsbehörden angewiesen, eine Untersuchung zum Status tibetischer Flüchtlinge durchzuführen, die sich in Nepal aufhalten. Gegen China gerichtete Aktivitäten tibetischer Flüchtlinge in Nepal sollen gestoppt werden. Nach Angaben des Polizeichefs von Kathmandu, Sarbendra Khanal, hat die Polizei daraufhin umgehend 106 tibetische Flüchtlinge verhaftet, die vor der chinesischen Botschaft demonstriert hatten. Ihre Daten wurden zur Überprüfung an die Immigrationsbehörde weitergeleitet. Die Regierung plant die Ausweisung aller Tibeter, die sich „illegal“ in Nepal aufhalten.

Vereinte Nationen beschließen Hilfspaket

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon hat am 9. September ein Hilfspaket über 10 Millionen US-Dollar aus dem UN Fonds für Friedensförderung unterzeichnet. Dieser Fonds wurde vor zwei Jahren eingerichtet, um Ländern in Nachkriegssituationen bei der Stabilisierung des Friedens zu helfen. Das Hilfspaket zur Stabilisierung des Friedens zielt u. a. auf Unterstützung der Regierung bei der Erarbeitung der neuen Verfassung, bei der Umsetzung der Menschenrechte, beim Wiederaufbau von Gemeinden und bei der Rückführung vertriebener Menschen, zur Durchführung von „*food and cash for work*“ Programmen, Schulspeisungen, sowie anderer Maßnahmen, die zu sichtbaren Verbesserungen der Lebenssituation führen.

Touristenzahlen leicht erhöht

Die Touristenzahlen sind in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 im Vergleich zum Vorjahr um zwei Prozent gestiegen. Wie die nepalische Tourismusbehörde NTB Anfang Oktober mitteilte, sind bis September 257 181 Besucher mit dem Flugzeug nach Nepal eingereist. Die Anzahl indischer Touristen, die das größte Kontingent aller Besucher stellen, hat sich um 14 Prozent erhöht. Die Besucherzahlen aus anderen (süd-)asiatischen Ländern wie Bangladesh, Sri Lanka, China, Singapur und Malaysia sind ebenfalls gestiegen. Aus Israel, Frankreich, Australien und Norwegen sind ebenfalls leichte Anstiege zu verzeichnen. Die Zahlen aus Japan, Südkorea und Thailand sind leicht rückläufig. Die Besuchszahlen anderer europäischer Länder sind rückläufig, wie England (neun Prozent), Italien (35 Prozent),

Deutschland (20 Prozent) und Spanien (13 Prozent).

Immer noch 970 Menschen “verschunden”

Fast zwei Jahre nachdem der Staat und die CPM (Maoisten) in einer schriftlichen Erklärung versprochen hatten, innerhalb von zwei Monaten den Status der während des Konflikts „verschundenen“ Bürger zu klären, ist das Schicksal von mindestens 970 Menschen noch immer nicht geklärt. Aus einem Ende August veröffentlichten Bericht der nationalen Menschenrechtskommission geht hervor, dass in 671 dieser Fälle staatliche Sicherheitskräfte für das „Verschwinden“ verantwortlich gewesen seien. Die 299 übrigen Fälle gingen auf das Konto der Maoisten. Während des über zehn Jahre andauernden Konflikts seien mindestens 142 Menschen nach ihrer Festnahme durch staatliche Sicherheitsorgane getötet worden. Die Maoisten hätten 21 Menschen getötet, die sie zuvor in ihre Gewalt gebracht hatten. Bisher wurden auf Anfrage der NHRC von staatlicher Seite der Status von 1 427 und seitens der Maoisten von 739 „verschundenen“ Personen geklärt.

Rechtsstreit um die Ermordung nepalischer Bürger im Irak

Drei Jahre nach der Ermordung von 12 nepalischen Arbeitern im Irak hat die kalifornische Anwaltskanzlei Cohen, Milstein, Hausfeld & Toll ein Verfahren gegen die US-amerikanische Sicherheitsfirma *Kellogg, Brown and Root* (KBR) eingeleitet. Das in Houston, Texas, ansässige Unternehmen KBR soll gemeinsam mit der jordanischen Vermittlungsfirma *Daoud & Partners* 70 nepalische Arbeiter illegal und gegen ihren Willen zu Arbeitseinsätzen in den Irak gezwungen haben. Die Männer im Alter zwischen 18 und 27 Jahren seien in Nepal mit dem Versprechen rekrutiert worden, sie würden in Hotels und Restaurant in der jordanischen Hauptstadt Amman arbeiten. Stattdessen seien ihnen dort die Pässe weggenommen worden. Man habe sie illegal in den Irak gefahren, um sie auf einem Luftwaffenstützpunkt der US Armee einzusetzen. Unterwegs seien sie von Aufständischen angehalten worden. Diese hätten sich als irakische Polizisten ausgegeben, zwölf Arbeiter verschleppt und später getötet. Der Vorfall hatte in Nepal tagelange Unruhen und Ausschreitungen gegen Arbeitsvermittlungsgagenturen und muslimische Einrichtungen ausgelöst.

Kleinkinder in PLA Lager

Wie die nationale Menschenrechtskommission (NHRC) nach einer Inspektionsreise Anfang September berich-

tete, leben etwa 200 Säuglinge und Kleinkinder unter vier Jahren im Lager der sechsten Division der maoistischen Armee PLA in Dasarathpur, Surkhet Distrikt, Westnepal. Den Kindern fehle es an der notwendigen Zuwendung und Versorgung, teilte der NHRC Regionalleiter Bed Prasad Bhattarai in einer Presseerklärung mit. Außerdem seien dort 22 Kämpfer unter 18 Jahre untergebracht, die sich aufgrund schwerer Verwundung während des Aufstands bis heute in einem so schlechten körperlichen und seelischen Zustand befänden, dass sie dringend ärztliche Behandlung benötigten, die sie dort nicht erhielten. Einige Insassen des Lagers hätten sich beklagt, seit elf Monaten keinen Sold erhalten zu haben. Die NHRC forderte alle Verantwortlichen auf, die Grundrechte der Lagerinsassen zu gewährleisten und sich um die soziale Wiedereingliederung der Kindersoldaten zu kümmern, wenn sie das Lager verlassen.

Frisches Geld für staatliche Ölgesellschaft

Anfang September hat die Regierung der staatlichen Ölgesellschaft NOC eine Bürgschaft für die Aufnahme neuer Kredite in Höhe von drei Milliarden Rupien gegeben. Das frische Geld soll der stark verschuldeten NOC bei der Finanzierung des Imports von Rohöl und Ölprodukten wie Flüssiggas und Kerosin helfen. Die monatlichen Verluste der NOC beliefen sich im September auf 400 Millionen Rupien, bei einem Ölpreis von 115 US-Dollar pro Barrel. Wie ein Sprecher des angeschlagenen Staatsbetriebs mitteilte, seien Regierungssubventionen so lange nötig, bis die Regierung einen automatischen Preismechanismus einführt, der es der NOC ermöglicht, die Preise dem jeweiligen Marktpreis des Öls anzupassen. Da der Ölpreis zwischenzeitlich auf 104 US-Dollar pro Barrel gesunken ist, wird mit einer Verringerung des Defizits in den kommenden Monaten gerechnet.

Gebrochene Versprechen

Straflosigkeit verhindert Aufarbeitung begangener Menschenrechtsverletzungen

Thomas Döhne

Seit den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung am 10. April 2008 ist die internationale Medienaufmerksamkeit für Nepal wieder abgeebbt. Die Monarchie ist beendet, der Ex-König hat den Palast geräumt. Am 28. Mai 2008 wurde Nepal zur Republik erklärt. Aus dem ehemaligen Guerillachef Prachanda („Furchterregender“) ist inzwischen der respektable Ministerpräsident Pushpa Kamal Dahal geworden. Eine Koalitionsregierung unter Führung der maoistischen Kommunistischen Partei Nepal (CPN-M) ist im Amt. So weit, so gut!

Doch das Land befindet sich in einer sehr schwierigen Übergangsphase, in der politische Rivalität schnell in gewaltsame Konfrontation mündet. Unliebsame Journalisten und Menschenrechtsaktivisten werden verfolgt und erhalten anonyme Morddrohungen. Jüngstes Beispiel ist der Mitte November erfolgte Brandanschlag bewaffneter Maskierter auf die Büros der nepalischen Zeitschrift *Himal Khabarpatrika* in Kathmandu, bei

dem 5 000 druckfertige Exemplare der aktuellen Ausgabe zerstört wurden, die sich in einem Leitartikel unter der Überschrift „Schläger-tum“ (*Goonda-dom*) kritisch mit der etablierten Gewaltkultur militanter Jugendorganisationen befasst hatte. Zuvor war der Direktor der Zeitschrift von Unbekannten angegriffen worden. Drei Mitarbeiter des Verlagshauses *Himalmedia* erhielten Morddrohungen und mussten an sichere Orte verbracht werden.

Gewalt greift um sich

Militante Studentenorganisationen und Jugendverbände wie die maoistische Frontorganisation *Young Communist League* (YCL), die nach inoffiziellen Angaben 200 000 Mitglieder hat, und die vor einigen Monaten gegründete *Youth Front* (YF) der Kommunistischen Partei Nepal (UML) verbreiten ein Klima der Einschüchterung und Angst. Sie erheben Schutzgelder von (Privat-) Schulen, Krankenhäusern, Betrieben